


II- 2288 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. März 1973

No. 1162/J

A n f r a g e

der Abgeordneten REGENSBURGER  Dr. Keimer  
und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Unterricht  
betreffend Schulversuchganztagschule an der Hauptschule  
Prutz - Ried und Umgebung.

Mit Verordnung der Tiroler Landesregierung vom 19. Oktober 1971 wurde zur Durchführung eines Schulversuches an der Hauptschule Prutz - Ried und Umgebung die Fünftagewoche eingeführt. Die Schüler kommen dort aus einem weit gestreuten Gebiet, die Bevölkerungsstruktur dagegen macht eine intensive Betreuung der Schüler durch Schule bzw. Tagesheim nötig und durch den Neubau der Hauptschule sind alle räumlichen Voraussetzungen für die Führung einer Ganztagschule gegeben.

In einer Befragung sprachen sich 83 Prozent der Eltern für diesen Schulversuch aus.

Das Tagesheim belastet die Gemeinden des Umlandes finanziell jedoch in hohem Maße. Obwohl die Eltern der Schüler monatliche Beiträge zahlen, ist doch einem großen Teil die Leistung kostendeckender Beiträge nicht zumutbar, weshalb weitgehende Ermäßigungen gewährt werden müssen.

Der Bundesminister für Unterricht erklärte in den "Salzburger Nachrichten" am 9. Februar 1973; "Vor wenigen Tagen habe ich mich anlässlich einer Sitzung für die Ganztagschule, die mit Beginn des Schuljahres 1974/75 erprobt werden soll, ausgesprochen. Ich bin der Auffassung, daß die Ganztagschule ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung der Chancengleichheit darstellt."

Dennoch wurde ein Antrag an das Bundesministerium für Unterricht und Kunst um zumindest teilweisen Ersatz der auflaufenden Kosten mit der Begründung abgewiesen, daß es sich hierbei

nicht um einen Schulversuch im Sinne der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle des Bundes handle, sondern um einen "länderspezifischen Versuch".

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst die

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie nach wie vor der in den "Salzburger Nachrichten" geäußerten Auffassung, daß Schulversuche mit der Ganztagschule erprobt werden sollen, da die Ganztagschule ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung der Chancengleichheit darstellt ?
- 2) Wenn ja, Welche Gründe sind dafür maßgeblich, daß das Bundesministerium für Unterricht und Kunst dennoch einen Antrag der Tiroler Landesregierung auf zumindest teilweisen Ersatz der auflaufenden Kosten für den Betrieb einer Ganztagschule bzw. damit verbundener Tagesheime abgelehnt hat?
- 3) Sind Sie im Hinblick auf die Bedeutung derartiger Schulversuche gerade für den ländlichen Raum bereit, neuerlich zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Bundesmittel für die durch die Elternbeiträge nicht gedeckten Kosten der Ganztagschule zur Verfügung zu stellen?